

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

7.11.1924 (No. 261)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 2515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Kund, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und außerhalb frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen und direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beibehaltung und Kontowahlverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Hans Thoma

In den heutigen Vormittagstunden durchlief eine Trauermeldung unsere Landeshauptstadt. Der greise Altmeister der deutschen Malerei, unser badischer Hans Thoma ist heute morgen 20 Min. vor 9 Uhr in seiner Karlsruher Wohnung im 86. Lebensjahr sanft entschlafen, nachdem ihm in den letzten Tagen Anfälle von Herzschwäche arge Beschwerden gemacht hatten. Die Bad. Kunsthalle flaggte sogleich nach dem Ableben auf Halbmast.

Der Lebensgang Hans Thomass

Hans Thomass reiches Schaffen, seine Bedeutung für die deutsche Kunst wird von uns noch in einem besonderen Artikel gewürdigt werden. Im nachstehenden die wichtigsten Daten seines Lebensganges:

In dem waldreichen Dorf Bernau im badischen Schwarzwald wurde Hans Thoma am 2. Oktober 1839 geboren. Schon von früher Kindheit an stand ihm der Sinn nach Kunst und Kunst. Über das Unglück, das sich über seinem Elternhause häuften, ließ ihn vorerst nicht auf seine eigentliche künstlerische Bahn kommen. Hans Thoma wurde nach Basel zu einem Lithographen in die Lehre gegeben. Wer hier hielt er es nur ein paar Wochen aus; er kam in die Lehre zu einem Kupferstecher. Durch Vermittlung kam er dann zu einem lithographischen Geschäft in Karlsruhe. Der damalige Direktor der Karlsruher Kunstschule W. Schirmer wurde auf den talentierten Schüler aufmerksam gemacht und trat für ihn ein. Der Großherzog sorgte für die materielle Wohlfahrt, und im Jahre 1859 war Hans Thoma Kunstschüler in Karlsruhe.

Sein Lehrer und Lehrer ließ seiner Entwicklung viel Freiheit, die aber nahm sich die Natur als Lehrmeisterin. Nach dem Tode Schirmers 1864 hielt es Thoma, der schon zu viel von der Natur gelernt hatte, um sich den grauen Altheorien und akademischen Dogmen seiner Lehrer fügen zu können, nicht mehr lange aus. 1868 ging er für einige Wochen nach Paris und geriet in den Einfluß Courbets, des großen Bahnbrechers der Malerei. Nach kurzem Verweilen in Bernau und Karlsruhe, wo eine Ausstellung seiner Werke einen Enthusiasmus hervorrief, und nach einer Reise nach Italien siedelte er nach München über. 1874 verkaufte er die Hofstadt mit Frankfurt a. M. Hier entstanden jene großen Steinzeichnungen edler, edler vollstimmlicher Kunst, die, wie Thoma wollte, der Wandmalerei der Bürger- und Bauernhäuser sein sollten. Es war ihm darum zu tun, Kunst billig dem Volke zu bieten. Man erkennt hieran schon seinen Gang zum Volkstümlichen, wie es in seinen Werken zu Tage tritt und das Kunstgemäße nicht ausschließt. Der Rat 1890 brachte Thoma endlich in der Ausstellung des Münchener Kunstvereins den großen Erfolg, der seinen Namen überall hintrug und ihn in die erste Reihe stellte. Er erhielt den Professortitel und wurde schließlich vom Großherzog von Baden auf den Direktorsposten der Karlsruher Gemäldegalerie berufen.

Bestaunlich ist die ungeheure Fülle von Werken und dann ihre Mannigfaltigkeit. Hans Thomass Talent befandete eine ungemaine Schöpferkraft. Seine Eigenschaften verschafften ihm schon zu Lebzeiten eine Volkstümlichkeit, wie sie sich nur wenige Künstler erworben haben. Hans Thomass Kunst ging von der Natur aus; aber so sehr er sich auch daran hielt, er wollte doch mehr geben, als nur ein Abbild der äußeren Welt — er wollte ihre Seele geben; es wurde stets eine Offenbarung seines Gemüts. Und aus diesem Gemüts kam die Liebe, die Großes und Kleines gleichermäßen umfing und jene Liebe, die zur Religion neigte. Die meisten Landschaftsbilder haben einen symbolischen Gehalt.

Zu seinen Hauptwerken gehören: Der Dorfgeher (1871), Frühlingssiedel (1871) Dresdener Galerie, Rhein bei Säckingen (1873) Berliner Nationalgalerie, Thoma Frau mit Kind, Charon, Die Nacht, Sonntagsgedächtnis (1876) Hamburger Kunstschule, Religionsunterricht, Geburt Christi, Versuchung Christi, Flucht nach Ägypten, Der Hüter des Tals, Der Wächter vor dem Viehesgarten (Museum Breslau), Einsamkeit (Neue Pinakothek München), Schwarzwaldhöhen, Taunusblick, Stille vor dem Sturm. Die Sonderabteilung in der Bad. Kunsthalle u. v. Hans Thoma hat außerdem Illustrationen, farbige Lithographien und Radierungen geschaffen. Zuletzt gab die Galerie Thomausstellung einen Überblick über sein außer-

gewöhnlich reiches Schaffen. Seine Graphik zeigte die Hans-Thoma-Graphikausstellung in Karlsruhe, 1905 wurde er vom Großherzog in die Erste badische Kammer berufen. Er ist Professor und Ehrenbürger.

Je älter der berühmte Maler Hans Thoma wurde, umso stärker wurde in ihm der Drang, nicht nur die Bilder seiner Seele, sondern auch seine Gedanken über das Leben der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und so ist im Laufe der Jahre eine ganze Reihe nachdenklicher Schriften entstanden, Erinnerungen, Philosophien, Fabulieres. Es seien genannt: Im

Herbste des Lebens, Gesammelte Erinnerungsblätter (1909), Chronos, Sommerwägender Bilderkalender (1911), die zwischen Zeit und Ewigkeit un sicher flatternde Seele (1917); Seligkeit nach Birrwahns Zeit, zweiter Teil von Zwischen Zeit und Ewigkeit (1918), Zufriedenheit, dritter Teil von Zwischen Zeit und Ewigkeit (1919), Biblische Geschichten, in alemantischer Mundart erzählt (1920).

Im Mai 1919 nahm er seinen Abschied als Generaldirektor in Karlsruhe, blieb jedoch dauernd Gegenstand zahlreicher Ehrungen.

Wahl des Staatspräsidenten im Landtag

Staatspräsident: Unterrichtsminister Professor Dr. Belpach
Stellvertreter: Innenminister Kemmele

DZ. Karlsruhe, 7. Nov.
Nachdem gestern bereits die Fraktionen und der Ältestenrat getagt hatten, trat heute vormittag das Plenum des Landtags wieder zusammen. Das Ständehaus in der Ritterstraße trat darum flaggenstumm.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnete bei gutbesetztem Hause und Tribünen kurz nach 12 Uhr die dritte Sitzungsperiode mit dem Hinweis auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung über

Die Neuwahl des Präsidenten

Diese wurde alsbald vorgenommen und zwar geheim durch Stimmzettelausgabe.

Die Wahl des Präsidenten fiel mit 60 Stimmen wiederum auf den Zentrumsgewählten Dr. Baumgartner. Außerdem wurden 16 weiße Zettel abgegeben.

Dr. Baumgartner nahm die Wahl an, indem er für das bekundete Vertrauen dankte und versicherte, sein Amt mit strengster Objektivität weiterzuführen zu wollen.

Zum Ersten Vizepräsidenten wurde Abg. Mayer-Heidelberg (Soz.) mit 74 von 78 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

Vor der Wahl des Zweiten Vizepräsidenten erklärte Abg. Wittmann, daß der vom Landtag wieder vorgeschlagene Abg. Gebhard das Vertrauen der Zentrumsfraktion nicht genieße und diese sich der Stimme enthalte. Der Anspruch des Landtages auf den Posten werde gleichwohl anerkannt. Abg. Kläber erwiderte, daß er auf eine sachliche Erörterung der Zentrumserklärung in diesem Augenblick verzichte. Seine Fraktion sei aber nicht verpflichtet, vorher zu fragen, welcher Kandidat genehm sei. Die Wahl selbst ergab 41 Stimmen für Gebhard, außerdem 35 weiße Zettel.

Abg. Gebhard nahm die Wahl an.
Abg. Wittmann erklärte zur Geschäftsordnung, daß die Ansicht des Abg. Kläber der Tradition des Hauses widerspreche.

Es folgte die Wahl der Schriftführer. Als solche wurden bestimmt: Kmann (Fr.), Frau Fischer-Karlsruhe (Soz.), Frau Fischer-Dankl., Frau Strauß (Dem.), Weismann (Soz.), Biegelmaier-Oberkirch (Fr.).

Die Ausschüsse wurden in ihrer bisherigen Zusammensetzung belassen mit der Änderung, daß an Stelle des Abg. Wolf der Abg. Ritter tritt.

Der Präsident teilte hierauf mit, daß Dr. Baasche (D. Vp.) sein Mandat niedergelegt habe, da er sich seit 1. November auf einer Studienreise nach den Vereinigten Staaten und Mexiko befindet. Sein Nachfolger im Landtag ist Kläber und Wagnermeister Heinrich Weigner in Wehr (Amt Schwetzingen).

Das Haus schritt dann zur

Wahl des Staatspräsidenten

und seines Stellvertreters. — Die Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (Dankl.) und Weber (D. Vp.) gaben für ihre Parteien die Erklärung ab, daß sie sich wie bisher des Wahlaktes enthalten, was aber keine Stellungnahme gegen irgendwelche Person bedeutete.

Abg. Ritter vertief sich für die Stimmenthaltung der Kommunisten gleichfalls auf frühere Erklärungen.

Ergebnis der Wahl

Auf den Minister des Kultus und Unterrichts, Dr. Belpach, entfielen als Staatspräsidenten 61 Stimmen, auf den Minister des Innern Kemmele als Stellvertreter 60 Stimmen. Dabei wurden 10 bzw. 11 weiße Zettel abgegeben.

Die beiden Herren erklärten sich zur Übernahme der neuen Ämter bereit.

Präsident Dr. Baumgartner

hielt im Anschluß daran eine kurze Ansprache, worin er ausführte:

Die Amtszeit des Staatspräsidenten Dr. Köhler ist abgelaufen. Wir danken ihm für die in treuester Pflichterfüllung, großer Umsicht und Kraft, mit weitaussehendem staatsmännischem Geschick dem badischen Staat geleisteten Dienste, insbesondere bei Wahrung der speziell badischen Interessen und Staatsnotwendigkeiten. Ich bin der Zustimmung der übergroßen Mehrheit dieses Hauses sicher, wenn ich Herrn Dr. Köhler dafür wärmsten Dank und volle Anerkennung ausspreche (Lebhafte Zustimmung).

An den neugewählten Staatspräsidenten richtete der Präsident folgende Worte:

Mit Ihrem Jambort haben Sie gleichzeitig die Versicherung gegeben, daß Sie das hohe Amt des Staatspräsidenten führen werden im Geiste und Sinne der Reichs- und badischen Verfassung. Ich bin überzeugt, daß Sie wie bisher als Kultusminister, so auch als Staatspräsident Ihre Kräfte für das Wohl unserer Heimat einsetzen werden.

Staatspräsident Dr. Belpach

Ich danke für die gütigen Worte des Präsidenten und das mir erwiesene Vertrauen. Der beste praktische Dank ist wohl der, nach bestem Können auf dem Boden der Verfassung des Landes und Reiches zu wirken, zu dessen treuesten Glieder Baden gehört. Die schweren Zeiten erfordern die volle Hingabe aller unserer Kräfte an die großen Aufgaben des materiellen und ideellen Wiederaufbaues. Ich werde mich in den Dienst dieser Aufgabe stellen und bitte dabei um Ihre Mithilfe und Nachsicht. Namens der Staatsregierung obliegt mir noch die Pflicht, dem scheidenden Staatspräsidenten Dr. Köhler, der in dringenden Geschäften nach Berlin berufen ist, den Dank für die umsichtige und vorbildliche Art auszusprechen, mit der er ein Jahr lang sein Amt geführt hat (Beifall).

Präsident Dr. Baumgartner dankte dem Staatspräsidenten für das erneute Gelöbnis der Treue. Anknüpfend an die Londoner Abmachungen, die hoffentlich unserem Volke eine bessere Zukunft verbürgen, entbot er der Bevölkerung der inzwischen von der Besetzung befreiten badischen Gebiete, die herzlichsten Glückwünsche der Volkvertretung, unser Dank und Anerkennung für ihre heroische Haltung. Für die Reichspolitik erwartet der Präsident die Fortentwicklung auf der bisher von der Reichsregierung befolgten bewährten Linie, die letzten Endes allein den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg in sich schließt. (Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Ritter (Komm.), der zu Beginn der Sitzung gegen die Anwesenheit einiger Polizeibeamter im Hause protestiert hatte, nahm auch zum Schluß das Wort, um der Regierung das Mißtrauen der Kommunisten zu bekunden.

Nach halb 1 Uhr vertagte sich das Haus auf nachmittags 4 Uhr.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Im Pariser Handelsministerium wurde dem „Matin“ auf eine Anfrage erklärt, man erwarte, daß noch vor dem 10. Januar ein französisch-deutsches provisorisches Handelsabkommen unterzeichnet werden könne. Dieser modus vivendi mit einigen Monaten Gültigkeit werde alsdann die Aufstellung eines Generaltarifs auf Grund der gemachten Erfahrungen gestalten und damit auch die Vorbereitungen eines langfristigen endgültigen Handelsvertrages.

Die Personalverordnung der Reichsbahngesellschaft. Am Donnerstag wurden in der Direktion der Reichsbahngesellschaft zu Berlin die Verhandlungen mit den Beamtenvertretern über die Personalordnung der Reichsbahn zu Ende geführt. Laut „Germania“ hat auch die jetzige Form der Personalordnung die Zustimmung der Beamten- und Arbeitervertreter nicht gefunden. Die Personalordnung bezieht sich auf die mittleren und unteren Beamten und auf die Angestellten und Arbeiter, während für die oberen Beamten eine besondere Verordnung erlassen werden wird, die allerdings noch nicht fertiggestellt ist.

Wirtschaftliche Umschau

An einer anderen Stelle des Blattes finden unsere Leser Mitteilungen über die Beratungen des Reichskabinetts zu einer Reihe hochwichtiger Finanz- und Wirtschaftsfragen mit denen sich auch eine Konferenz der Finanzminister der Länder heute und morgen beschäftigen wird. Es handelt sich zunächst um die geplanten Steuererleichterungen, die dem deutschen Wirtschaftsleben, vor allem der deutschen Produktion Erleichterungen bringen sollen, soweit dies die Staatsfinanzen zulassen. Daß die Beschlüsse außerordentlich weittragend wirken werden, zeigt schon die Überlegung, daß nur eine Erhöhung des steuerfreien Lohnanteils von 50 auf 60 M., also um zehn Mark, durch die ein Durchschnittsarbeiter vielleicht um 25 Pfennig pro Woche Steuernachschuß erhalten würde, bereits einen Ausfall von 15 Millionen Mark im Monat bedeuten würde. Ähnlich ist die Tragweite der geplanten weiteren Ermäßigung der Umsatzsteuer von 2 auf 1½ Prozent, der Luxusumsatzsteuer von 15 auf 5 Prozent, der Ermäßigung der Bärenumsatzsteuer. Weitere Fragen mit denen sich das Reichskabinett beschäftigt, waren der Personalabbau, Maßnahmen zur Preislenkung, Aufbesserungen der Beamtengehälter, die Aufwertungsfrage, zu der neue Vorschläge vorliegen, und schließlich die Folgen von Beschlüssen auf diesen Gebieten für Länder und Gemeinden.

Dem Teuerungungsproblem wird man in Theorie u. Praxis nur zu Reibe gehen können, wenn man sich klar macht, wieweit umfangreicher und komplizierter Komplex verschiedenartiger Momente hier mitspricht: Zunächst die Teuerung auf dem Weltmarkt, vor allem hervorgerufen durch den Reichtum des Auslandes im Vergleich zu dem verarmten Mitteleuropa. Dann Entwicklungen auf dem Weltmarkt, entstanden durch die internationale Spekulation, welche die schlechten Ernteergebnisse, vor allem in Osteuropa, zu einer — ja nun bereits wieder abflauenden — Haufe benutzte. Hierzu gehörten auch die Preissteigerungen für Butter und Fleisch, erstere hervorgerufen durch sehr große Einkäufe Englands, welche die Preise für die besten ausländischen Butterarten hinauftrieben, ein Anlaß für die deutsche Butterproduktion, auch mit ihren vielfach minderwertigen Sorten zu folgen, letztere durch die Steigerungen der Preise für Gefrierfleisch und den wieder steigenden Fleischkonsum in Deutschland entstanden. Daß sich der Weltmarktentwicklung, da wir die Inflationspsychose noch immer nicht überwunden haben, auch bei sonstigen Nahrungsmitteln unerbittliche Steigerungen anschließen, ist leider festzustellen. Zu diesen Momenten kamen die einen Preisabbau verhindernden wirtschaftspolitischen Faktoren in Deutschland, die übermäßig hohe Steuerbelastung der Produktion, die ja nun einen Abbau erfahren soll, übertriebene Hoffnungen auf Schutzoll und die leider noch immer so gut wie unangestastete Preispolitik der Kartelle.

Vieles spricht dafür, daß die Entwicklung der Preise nun wohl auf ihrem Höhepunkt angelangt ist, vorausgesetzt, daß unsere Finanzen und unsere Währung weiterhin auf jede Weise stabilisiert werden und daß wirkungslose Zwangsmassnahmen, von denen ja jetzt auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund keinen Erfolg erwartet, unterbleiben. Eine weitere Senkung der Getreidepreise muß sich auch auf die anderen Lebensmittel geltend machen.

Daß die Lohnbewegungen in letzter Zeit immer stärker einsetzten, war die unmittelbare Folge der Entwicklung der Preise. Aber auch in Arbeiterkreisen ist man sich klar darüber, daß Arbeitsniederlegungen ein zweischneidiges Mittel sind. Es wird sich darum handeln, ob und welche Lohnhöhungen die Produktion ertragen, wie sie sich zu diesem Behufe besser organisieren kann, ebenso darum, wie die Einnahmen des Staates und der öffentlichen Verkehrsanstalten trotz des in Aussicht stehenden notwendigen Steuer- und Tarifabbaues so gestaltet werden können, daß Arbeiter, Angestellte und Unterbeamte auskömmlich besoldet werden können. Letzteres ist natürlich nur durch eine auf Steigerung der Produktion und des Absatzes gerichtete Wirtschaftspolitik möglich. Eine Periode von Lohnkämpfen, die nicht auf diese elementaren Grundlagen Rücksicht nähme, und sich erfolgreich durchsetzen würde, würde entweder zur Inflationsgefahr oder zu Produktionshemmungen, Betriebseinstellungen und neuem Steigen der Arbeitslosenziffern führen, also zum Gegenteil des Erstrebt. In Gewerkschaftskreisen ist man sich sichtlich darüber auch klar, steht aber vor der Schwierigkeit, diese komplizierten Wirtschaftsbeziehungen, die in der Inflationszeit ja vollständig vergehen worden sind, den Massen, die tatsächlich in weitem Umfang Mangel leiden, klarzumachen. Das Problem ist nicht nur, den Satz „jede Arbeit ist ihres Lohnes wert“ wieder wahr zu machen — und das geht nur nach dem Grundsatz der Leistung, wobei es sich weniger um die Zahl der Arbeitsstunden, sondern darum handelt, daß möglichst überall so viel geleistet werde wie in der Vorkriegszeit — sondern auch unerbittliche Überverdienste, hervorgerufen durch überflüssigen Zwischenhandel und gemeinschädliche Preisabmachungen immer mehr zu verhindern. Wenigstens die relative Herstellung eines solchen Gleichgewichts muß sich in absehbarer Zeit wieder verwirklichen lassen, wenn in zielbewusster Weise auf dem Gebiete der Finanzpolitik weiter wie bisher vorgegangen wird und wenn auch unsere allgemeine Wirtschaftspolitik immer wieder neue Wege fin-

det, um den immer wieder neu auftauchenden Schwierigkeiten zu begegnen.

Eine Besserung des Einkommens der Lohn- u. Gehaltsempfänger wird auf jeden Fall nur langsam kommen können, wie auch die Jahrzehnte der Vorkriegszeit hier nur langsame, aber stetige Fortschritte aufweisen. Mit Gewalt allein ist hier nichts zu machen, das ist eine Lehre aus der Inflationszeit, die heute eigentlich Gemeingut sein müßte.

Das Reichsbankdirektorium hat in einem Schreiben an die Handelskammern und Wirtschaftsverbände den verstärkten Gebrauch von Warenwechseln anstelle von offenen Warenkrediten empfohlen, um durch möglichst langges Kurzieren des vermehrten Wechselkontingents in der Wirtschaft Reichsbankgelder (Noten und Giroguthaben) für andere Zwecke freizumachen und so die Entlastung des Geldmarktes u. evtl. Diskontermäßigungen herbeizuführen. Wirtschaftskreise weisen allerdings bereits darauf hin, daß eine solche Entlastung deshalb kaum eintreten werde, weil der Reichsbankdiskont von 10 Proz. beträchtlich niedriger sei, als der Zinsfuß des offenen Geldmarktes, weil deshalb Verkäufer, Banken und sonstige Kapitalisten, anstatt die Wechsel längere Zeit zu behalten, sie lieber an die Reichsbank leiten und den erhaltenen Diskontbetrag zu höherem Zins ausleihen werden. Die Reichsbank müßte dann anstatt an eine Ermäßigung denken zu können, zu einer Erhöhung des Diskonts schreiten. Der Hauptvorteil eines vermehrten Wechselumschlages würde für die Reichsbank allerdings der sein, daß an dem kostspieligen Goldschatz, der an die Höhe des Notenumlaufs gebunden ist, gespart werden könnte.

In einer neuerlichen Rede in Hamburg hat der Reichsbankpräsident mitgeteilt, daß die Reichsbank jetzt in 5 Milliarden Mark gesetzlich gedeckter Zahlungsmittel auszugeben, welche Summe ungefähr dem Friedensumlauf entspricht. Er fügte allerdings hinzu, daß die Reichsbank nicht daran denke, dies zu tun, da eine solche Umlaufvermehrung eine preissteigernde Wirkung haben könne und die Vorbedingung hierfür eine weitere Produktionssteigerung sein müsse, deren einziges Barometer der Warenpreis sei. Weiter sprach sich der Reichsbankpräsident gegen die Über- und Desorganisation des Kreditwesens aus und warnte bei Abschluß von Auslandskrediten zur Vorsicht, da in absehbarer Zeit Auslandskapital zu erheblich günstigeren Bedingungen als gegenwärtig hereingekommen werden könne.

Im Zeichen der Währungs- und Finanzgesundheit konnte nun auch die Aufhebung der meisten Devisenverordnungen erfolgen. Es bleiben in der Hauptsache nur noch drei Bestimmungen, der Bankzwang, wonach ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung gegen inländische Zahlungsmittel nur durch Vermittlung einer Devisenbank erworben werden dürfen; das Verbot der Termingeschäfte — dagegen verbotene Geschäfte sind nichtig — und die Vorschrift des Einheitskurses, d. h. ausländische Zahlungsmittel dürfen gegen inländische Zahlungsmittel zu keinem höheren als dem letztbekannten amtlichen in Berlin notierten Briefkurs erworben oder abgegeben werden. Auch die Wechselstempelverordnung bleibt, jedoch ist die Ablieferungspflicht der von diesen Wechselstempeln vereinnahmten ausländischen Zahlungsmittel aufgehoben, auch dürfen zur Erleichterung des Reiseverkehrs Wechselstempeln ausländische Geldsorten usw. auch durch Reiseschecks und Kreditbriefe erworben und gegen inländische Zahlungsmittel abgegeben. Da mit der Zulassung der Neuregelung auch im besetzten Gebiet zu rechnen ist, wird ein einheitliches Devisenrecht für das ganze Reich hergestellt.

Durch die Verordnung wird das komplizierteste deutsche Gesetzwerk, das je in Kraft war, wesentlich vereinfacht. Nur noch die oben aufgeführten Einschränkungen bleiben, aber die Reichsregierung wird ermächtigt, weitere Aukerkräftsetzungen zu treffen. Es werden viele Hemmnungen und Fesseln für unsere Wirtschaft fortfallen, aber andererseits kommen auch starke Schutzmauern für die deutsche Mark in Fortfall. Sie wird jetzt im wesentlichen wieder auf sich selbst gestellt und muß zeigen, daß sie die Probe besteht. In den nächsten Tagen kehren wir wieder zur Goldwährung und zum gedeckten Geld der Vorkriegszeit zurück und die Ausgabe der neuen Reichsbanknoten soll am nächsten Montag beginnen.

Das Thema Reichsbankpolitik und Gemeinden, das der Reichsbankpräsident in der vor 8 Tagen an dieser Stelle bereits besprochenen Rede angeschnitten hatte, ist auch von den Gemeinden aufgegriffen worden. In einer Erklärung haben sich die kommunalen Spitzenverbände zu den Ausführungen Schachts geäußert, und dabei auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche der Wiederaufnahme des langfristigen Kredits durch die Sparkassen in größerem Umfang noch entgegenstehen. Die Gesamteinlagenhöhe, welche vor Kriegsbeginn 20 Milliarden Goldmark betrug, betrage heute nur rund eine Goldmilliarde, davon machen aber, im Gegensatz zur Vorkriegszeit die fluktuierenden Gelder des Giroverkehrs den Hauptbetrag aus, und es sei deshalb den Sparkassen mit Rücksicht auf ihre Liquidität nicht möglich, einen großen Teil ihrer Einlagenbestände in langfristigen, insbesondere hypothekarischen Krediten anzulegen. Es ist klar, daß auch die kommunalen Geldinstitute nicht so gleich und vollständig wieder zu Vorkriegsverhältnissen zurückkehren, auch nicht völlig vom kurzfristigen Kre-

ditverkehr ausgeschlossen werden können. Was die Liquidität der Sparkassen anlangt, so stehen bekanntlich ihre Garantieverbände und die Girozentralen hinter ihnen, die wohl in den meisten Fällen in der Lage sein werden, einzugreifen, wenn die Sparkassen Gelder vorzeitig flüssig machen müßten. Schon mit Rücksicht auf die Förderung des Wohnungsbaus, dessen Stocken eines der Hauptübel unserer Zeit verursacht, muß die Förderung des Hypothekenkredits durch die Sparkassen als eine ihrer wichtigsten Aufgaben bezeichnet werden.

Was der Reichsbankpräsident offenbar anstrebt, ist das Zusammenarbeiten aller Faktoren unseres Geldmarktes nach einheitlichen Grundsätzen, ein Zusammenarbeiten aller Sammelstellen des Spar- und öffentlichen Kapitals in Fühlung mit der Reichsbank. Daß in Sparkassen schon erhebliche, letzten Endes die Allgemeinheit treffende Verluste sich ergeben haben, die sichtlich auf Mangel an Erfahrung und Organisation zurückzuführen sind, läßt sich nicht bestreiten, und wenn die kommunalen Organisationen erklären, daß sie kreditvertuernd wirkende Handhabungen der Bankgeschäfte in ihren Reihen bekämpfen und unwirtschaftliche Gründungen verhindern werden, so ist das nur zu begrüßen. An eine vollständige Wegnahme des Personalkredits, der in beschränktem Umfang von den Sparkassen auch schon in der Vorkriegszeit gewährt wurde, denkt wohl auch die Reichsbankleitung nicht.

Beschlüsse der Reichsregierung

Die Steuerermäßigung. — Einstellung des Personalabbaues. Aufbesserung der Beamtengehälter. — Die Aufwertungsfrage.

Das Reichskabinett befaßte sich, wie B.Z.M. meldet, in seiner Sitzung vom 6. November mit einer Reihe dringender Fragen, deren Lösung auf normalem gesetzlichen Wege durch die Auflösung des Reichstages verhindert wurde. Unter Zugrundelegung von Vorschlägen des Reichsfinanzministers haben die Verhandlungen zu folgendem einstimmig festgestellten Ergebnis geführt:

In der auf Antrag des Finanzministers vom Kabinett bereits grundsätzlich beschlossenen Steuerermäßigung erblickt die Reichsregierung nur einen Teil der durchgreifenden Reformarbeiten, die sofort in Angriff genommen werden müssen, nachdem durch die Verwirklichung der 800-Millionen-Anleihe die Ausführung des Sachverständigengutachtens gesichert ist. Ein Teil der erforderlichen Maßnahmen kann auf dem Verwaltungswege schon jetzt getroffen werden, ein anderer soll so weit vorbereitet werden, daß er durch die künftige Reichsregierung dem neuen Reichstag sofort zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

Im Verwaltungswege sollen die Schutzbestimmungen und Abänderungen auf dem Gebiete des Personalabbaues, welche der Reichstag in Aussicht genommen hat, durchgeführt werden, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Insbesondere soll mit dem Ablauf dieses Kalenderjahres der allgemeine Abbau eingeleitet werden. Nur noch bei einzelnen Verwaltungen, die bisher im Abbau behindert waren, soll mit Zustimmung des Reichsrats und des Hauptauschusses des Reichstages ein weiterer Abbau stattfinden.

Die Reichsregierung wird ihre Bestrebungen auf eine Senkung der Preise fortsetzen, weil sonst alle Bemühungen um eine endgültige Besserstellung der Gehalts- und Lohnempfänger erfolglos bleiben müssen. Außerdem beabsichtigt die Reichsregierung, eine massvolle allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter zum Zwecke ihrer weiteren Annäherung an die Friedensnominalgehälter sobald wie möglich durchzuführen.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die Vereindebung der Auslandsanleihe von 800 Millionen, die Wiedererlangung der handelspolitischen Freiheit des Reiches und endlich die Tatsache, daß die uns vom Ausland auferlegten Lasten jetzt einigermaßen überbunden werden können, haben nunmehr die Möglichkeit geschaffen, auch einer Wiederrückführung der Wirtschaft in den Bereich der Weltwirtschaft hervorzurufen. Dabei kann nunmehr über die früher in Aussicht genommene Begrenzung auf die bedürftigen Kreise im Rahmen des wirtschaftlichen Möglichen hinausgegangen werden. Diesbezügliche Vorschläge unterliegen der Prüfung der Reichsregierung. Spekulative Gewinne sollen dabei ausgeschlossen werden. Die Folgerungen aus diesen Maßnahmen für die Länder und Gemeinden zu ziehen, wird erst möglich sein, wenn über den Finanzausgleich durch den neuen Reichstag endgültig entschieden ist, da der jetzige Einmahnzustand einer Reihe von Gemeinden durchaus vorübergehender Natur sein dürfte.

Die Reichsregierung erwartet, daß auch diese Maßnahmen zur Befundung des Volks- und Wirtschaftskörpers beitragen werden.

Die Inangabelegung des Dawesplanes

Die Agentur Dawas meldet aus Newyork, der Präsident der internationalen Handelskammer kündigte an, daß man Vorbereitungen für eine internationale Konferenz treffe, an der die Geschäftsleute von 40 verschiedenen Nationen teilnehmen, und die Ende Dezember oder Anfang Januar in den Vereinigten Staaten stattfinden werde, um die durch die Inkraftsetzung des Dawesplanes aufgeworfenen Probleme zu prüfen. Man beabsichtigt eine Teilnahme der Regierungen an dieser Konferenz, und man hofft, daß ein Bericht ausgearbeitet werden wird, den man den Älierten unterbreiten werde, um die Ansicht der hauptsächlichsten Geschäftskreise der Welt zu wissen.

Wie die Berliner Blätter melden, haben die Franzosen am Donnerstag Wülftrath im Kreise Westmann geräumt. Auch aus Werden an der Ruhr sind gestern die letzten französischen Truppen abgereist, nachdem bereits vorher die französischen Eisenbahner den Bahnhof von Werden verlassen hatten.

W.B. London, 7. Nov. Der ehemalige Generalagent für die Reparationszahlungen, Owen Young, erklärte gestern Abend auf einem ihm zu Ehren gegebenen Festessen, seine Erfahrungen während der letzten acht Monate gäben ihm den Glauben ein, daß der Dawesplan Erfolg haben werde. Er sehe voller Hoffnung der Periode der Ruhe entgegen, wenn Amerika auf irgend eine Art einen Weg zur Mitwirkung finden werde.

Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen werden auf italienischer wie deutscher Seite jetzt vorbereitet. Die Reichsregierung hat auch bereits mit den Interessenten Fühlung genommen. Für den Beginn der Verhandlungen ist der Anfang Dezember in Aussicht genommen.

Die neue englische Regierung

Die Ministerliste

Neuer meldet: Das Kabinett ist wie folgt gebildet worden: Baldwin Premierminister, Austen Chamberlain Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Churchill Schatzkanzler, Curzon Vizepräsident des Geheimen Rats, Sir Borthington Evans Staatssekretär für Krieg, Bridgeman Erster Lord der Admiralität, Sir Samuel Hoare Staatssekretär für Luftfahrt, Lord Birkenhead Staatssekretär für Indien, Amery Staatssekretär für die Kolonien, Sir Johnson Pids Staatssekretär für Inneres, Sir Steele-Maitland Staatssekretär des Arbeitsamtes, Sir Lloyd George Staatssekretär des Handelsamtes.

Baldwins Ministerliste bereitet, wie die „Frankf. Zg.“ aus London meldet, vom außenpolitischen Standpunkt keine Überraschung. Austen Chamberlain vertritt einen Teil seiner Erziehung Paris und Berlin und gilt, ohne ein Genie zu sein, als europäischer Staatsmann von gutem Willen und ohne übertriebene Vorurteile, insbesondere auch gegenüber Deutschland, über das er während der letzten Jahre mit Fühler, aber nicht unfreundlicher Korrektheit sprach. Erwähnenswert ist, daß ein Mann, wie der „Manchester Guardian“, ihm folgende Charakteristik gibt: „Chamberlain ist ein Mann von entschlossener maßvoller Gesinnung. Er beging in der Vergangenheit keine persönlichen Fehler, die ihm als Außenminister behinderten, und er leidet nicht an dem Mangel Lord Curzons, nämlich, daß ihm die Fähigkeit fehlte, für andere Leute das, was er will, daß sie tun, möglichst zu erleichtern.“ Das Blatt hofft darum, daß die Fortschritte in der europäischen Politik, die unter Macdonald erreicht wurden, nicht wieder verloren gehen. Im Verhältnis zu den Dominionen bekommt die Richtung, die den Ausbau des Empires antreibt, in Amery einen ausgesprochenen Förderer, während von Lord Birkenhead als Leiter der indischen Politik Englands ein besänftigender Einfluß erwartet wird. Da ferner angenommen wird, daß Sir Herbert Cecil einen Platz im Kabinett erlangt, der es ihm ermöglicht, die englische Haltung gegenüber dem Völkerbund mitzubesimmen und der offizielle englische Vertreter in Genf zu sein, dürfte auch für diesen wichtigen Zweig der internationalen Politik eine nicht ungünstige Entwicklung in Aussicht stehen.

Eine größere Überraschung bereitet die Besetzung verschiedener Innenposten, vor allem, daß Baldwin mit ähnlicher Großzügigkeit wie seinerzeit, wo er Mac Keena als Schatzkanzler zu gewinnen versuchte, Churchill auf diesen Posten stellt, obwohl dieser als Freihändler und zudem bisheriger Liberaler dem extremen Flügel der konservativen Partei zweifellos höchst unwillkommen ist. Das Arbeitsministerium übernimmt der bekannte gemäßigtere konservative Steel Maitland, der in der Vorkriegszeit verschiedene Ämter bekleidete. In wirtschaftspolitischer Beziehung ist bemerkenswert, daß Neville Chamberlain, der als rechte Hand Baldwins und starker Befürworter der protektionistischen Politik des letzten Jahres bekannt ist, gegenüber seinem Bruder und Churchill etwas in den Hintergrund tritt. Obwohl genügend Protektionisten im Kabinett vorhanden sind, kann dies sowie die Bestellung Churchills zum Schatzkanzler als Beweis dafür angesehen werden, daß Baldwin nicht das Gefühl aufkommen lassen will, als werde seine Handelspolitik über den Schutz einzelner Industrien hinausgehen.

Englische Pressestimme

W. London, 7. Nov. Baldwins neue Regierung findet im größten Teil der Presse eine günstige Aufnahme. Die Blätter begrüßen die in der Zusammenfassung des Kabinetts zum Ausdruck kommende Wiedervereinigung der konservativen Partei und betonen, daß die neue Regierung weit stärker sei, als die letzte Baldwin-Regierung. Die große Überraschung bilde die Ernennung Churchills zum Schatzkanzler.

„Daily Graphic“ schreibt, durch die Rückkehr zu seinem früheren Gedanken der Ernennung eines Schatzkanzlers mit freihändlerischen Anschauungen — im vorigen Jahr war Mac Keena in Aussicht genommen — habe Baldwin sein Wahlversprechen neu bekräftigt. Außerdem sei Churchill von einer so außerordentlichen Fähigkeit und Charakterstärke, daß sein Erfolg in dem Amt, das er nun inne habe, vor vornherein sicher sei. Chamberlain als Staatssekretär des Äußeren betreibe ein neues Feld der Tätigkeit, für das er jedoch durch seine Erfahrungen besonders geeignet sei.

Die radikale „Daily News“ schreibt, bei der Bildung des Kabinetts habe Baldwin einen guten Anfang gemacht, indem er untergeordnete Ernennungen des persönlichen Ehrgeizes dem Hauptzweck, die stärkste mögliche Regierung zu schaffen, unterordnete. Churchills Ernennung zum Schatzkanzler sei eine ausgezeichnete Wahl. Die Blätter begrüßen auch Chamberlains Ernennung zum Staatssekretär des Äußeren. Er sei zwar kein diplomatisches Genie; aber wenigstens ein kompetenter vorsichtiger Staatsmann.

Der politische Berichterstatter der „Daily News“ erwartet von Churchill, daß er rücksichtslos Sparmaßnahmen übernehme.

W. London, 6. Nov. Sir William Pids erklärte in einer Rede, er wisse, daß Baldwin entschlossen sei, keine Reaktion der konservativen Politik zuzulassen. Die große Mehrheit derer, die für die konservative Partei stimmten, gehöre der arbeitenden Klasse an. Die Partei beabsichtige, das ihrige zu tun, um deren Lage zu verbessern.

W. London, 7. Nov. Der Präsident des Verbandes der britischen Handelskammern sagte in einer Rede vor der Handelskammer in Birmingham, er könne sich nicht vorstellen, daß ein Teil der Welt reich und blühend sein könne, während ein anderer in Armut bleibe. Deutschland solle geholfen werden, seine eigene Rettung zu erarbeiten.

Die amerikanische Präsidentenwahl

Bis auf 8 Wahlmännerkollegien ist die Verteilung der Stimmen jetzt zweifelsfrei festgestellt. Danach sind als sicher zu betrachten 379 für Coolidge, 131 für Davis und 13 für La Follette. Die noch ausstehenden 8 verteilen sich gleichmäßig auf die noch ausstehenden beiden Bezirke.

Nach den letzten Meldungen über die Wahlen haben die Republikaner im Repräsentantenhaus und Senat die Majorität. Zweifelhaft dagegen bleibt, ob die Regierung gegenüber der Opposition der Demokraten und den Anhängern La Follettes unabhängig sein werde.

W. Newyork, 6. Nov. Die „World“ in einem Artikel ausführt, fand der Appell La Follettes an die Deutsch-Amerikaner, gesondert zu stimmen, keinen Widerhall.

Die demokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft hat dadurch einen Zuwachs von zwei Sitzen erhalten, daß die auf der Liste der Gewerbetreibenden gewählten Abgeordneten Rathenow und Martens der demokratischen Fraktion als Gäste beigetreten sind. Damit hat die demokratische Fraktion dieselbe Stärke wie die volksparteiliche Fraktion erhalten.

Kurze Nachrichten

Die Finanzgebarung des Reichs. Nach einer Übersicht über die Gelbbewegung bei der Reichshauptkasse vom 21. bis 31. Oktober betrug in dieser Zeit die Summe der Einzahlungen 281,5 Millionen Mark, der Auszahlungen 245,3 Millionen Mark, der Überschuß mithin 136,2 Millionen Mark. Dadurch erhöht sich der Gesamtüberschuß seit dem 1. April auf 170,6 Millionen Mark. Die Reichsmarktschuld nahm in dieser Delade um 30 Millionen Mark ab.

Die Wiederaufnahme der französisch-russischen Beziehungen. Der Vertreter der Sowjetregierung, Rakowsky, hat Donnerstag vormittag von dem alten russischen Botschaftsgebäude in Paris im Namen seiner Regierung Besitz ergriffen. Rakowsky reist heute nach London zurück, wird aber jedenfalls in einigen Wochen zur Inhabung des Botschaftsgebäudes für den russischen Botschafter Krasin nach Paris zurückkehren.

Der Zwischenfall in Jugoslawien. Aus München wird gemeldet, daß zur Untersuchung des Zwischenfalles in Jugoslawien, wobei zwei Kontrolloffiziere von der erregten Menge insultiert wurden, sich eine Untersuchungskommission dorthin begeben hat. Es wurden bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Keine Auslandsanleihe Hamburgs. Zu der Nachricht, daß der Hamburger Staat über eine Auslandsanleihe verhandelt, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß zurzeit keine Verhandlungen stattfinden, und daß Hamburg auch keine ausländische Anleihe abzuschließen gedenkt, solange die jetzt bei der Investierung ausländischen Kapitals in Deutschland üblichen Zinsforderungen nicht gesenkt werden.

Eine Parteigründung Willerrands. Willerrand, zuletzt Präsident der französischen Republik, dessen Wiedererscheinen in der politischen Arena seit längerer Zeit angekündigt war, stellt sich jetzt der Öffentlichkeit als Präsident einer von ihm ins Leben gerufenen Republikanisch-Nationalen Liga vor. Er will alle Kräfte des ehemaligen Nationalen Blocks zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen. Sie wendet sich mit einem Spaltenlangen Aufruf an das Land, in dem dem Kartell der Linken der Kampf bis ans Messer angelegt wird.

Das Schwurgericht in Nancy verurteilte den französischen Staatsangehörigen Lohmann aus dem Elsaß, der beschuldigt war, während des Krieges als Krankenpfleger des 186. deutschen Infanterieregiments einen vermundeten französischen Soldaten durch einen Revolvererschuß getötet zu haben, zu 20 Jahren Zwangsarbeit. Als Hauptbelastungszeuge trat ein Elsässer namens Müller auf, der mit ihm diente. Lohmann behauptete, er habe aus Scherz in die Luft geschossen.

Danzig und der Transitverkehr aus Polnisch-Oberschlesien. Der Kommissar des Völkerbundes, Mac Donell, entschied, daß die polnische Regierung verpflichtet war, dem Ersuchen der freien Stadt Danzig als Vertragspartei dem zwischen Deutschland und Polen in Warschau abgeschlossenen Abkommen über den Durchfuhrverkehr zwischen Polnisch-Oberschlesien nach dem übrigen Polen durch Deutschland angeschlossen zu werden, nachzukommen.

Ein neues südslawisches Kabinett. Wie aus Belgrad gemeldet wird, überließ der König Vasilitsch die Bildung eines Wahlkabinetts. In dasselbe sollen auch die selbständigen Demokraten mit Privilegium eintreten.

Aus der Wahlbewegung

Reich

Strosemann über seine Außenpolitik

Auf Einladung der Deutschen Volkspartei sprach am Donnerstagabend der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Strosemann in Dessau über die politische Lage. In einer auf den Gedanken an seinen Frankfurter Ausführungen aufgebauten Rede wandte er sich besonders gegen die Kritik, die von demokratischer Seite an seiner Politik geübt werde. Seit 14 Monaten sei das Außenministerium in seiner Hand. Die Politik, die von der Aufgabe des passiven Widerstandes über die prinzipielle Annahme des Sachverständigenrats zu den Kämpfen in London und den Kämpfen im Reichstag um die Londoner Vereinbarungen geführt habe, sei eine einzige gerade Linie, in der niemals ein Schwanken stattgefunden habe. Man stelle seine Politik hin als von Opportunitätsrücksichten eingegeben. In Wirklichkeit sei diese Linie der Außenpolitik erzwungen worden gegen die öffentliche Meinung, die erst nach langen Kämpfen die Zweidrittelmehrheit im Reichstag für die Annahme der Gesetze ergeben habe. Soweit die Außenpolitik Erfolge gehabt habe, seien sie geschaffen auf der Grundlage des Prinzipes der Leistungen und Gegenleistungen, auf der die Londoner Vereinbarungen aufgebaut seien. Es gebe keine demokratische und keine konservative Außenpolitik, sondern es könne für einen jeden Außenminister nur eine Außenpolitik geben, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes wahre, indem sie sich weder von der Illusion einer Macht- und Nebanleihepolitik, noch von der Politik einer allgemeinen Völkerüberzeugung leiten lasse. In bezug auf die innere Politik wies der Außenminister darauf hin, daß in der Frage der Rechtsverweigerung der demokratischen Kabinettskollegen denselben bestehenden Standpunkt vertreten hätten, wie er selbst. Sollte die demokratische Politik objektiv sein, dann müsse sie die Angriffe, mit denen sie ihn überschüttete, auch gegen ihre eigenen Vertrauensmänner im Kabinett richten.

Aus den Parteien

Die „Vossische Zeitung“ meldet, daß mit Ausnahme der Kommunisten alle Parteileitungen der Provinz Westfalen eine Vereinbarung getroffen haben, wonach jede planmäßige und absichtliche Störung oder Sprengung der öffentlichen Wahlveranstaltungen, persönliche Angriffe oder Beschimpfungen von Kandidaten, Rednern und führenden Persönlichkeiten des Gegners zu unterbleiben haben. Zeitungsartikel, Flugblätter und Plakate sind frei von Beleidigungen und Verleumdungen des Gegners zu halten. In den Parteilokalen sollen die Parteien friedlich nebeneinander arbeiten.

Donnerstag hat der Reichszugler Marx in Berlin in Gegenwart des Reichspostministers Kölle die pfälzischen Vertreter des Zentrums empfangen. Es wurden die Gegenstände erörtert, die zwischen dem pfälzischen Zentrum und der Bayerischen Volkspartei bestehen. Für den 13. November ist eine Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums in Berlin anberaumt worden, in der die Reichswahlliste aufgestellt werden soll. Bei dieser Gelegenheit soll auch noch einmal über die Differenzen mit der Bayerischen Volkspartei gesprochen und ein Versuch gemacht werden, eine Einigung über die Kandidatenaufstellung bei der bevorstehenden Wahl herbeizuführen.

Die Wahlen im besetzten Gebiet

Wie den Berliner Blättern mitgeteilt wird, kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Versammlungs-freiheit und die Freiheit der Presse während der Wahlvorberreitungen im besetzten Gebiet seitens der Besatzungsmächte in keiner Weise behindert wird.

Badischer Teil

Das Schluchsee-Kraftwerk

Von der Presseabteilung der bad. Regierung wird uns geschrieben: Nachdem bereits seit einiger Zeit in der örtlichen Presse von verschiedenen Seiten, deren Interessen durch das Projekt in Mitleidenschaft gezogen schienen, Bedenken gegen das Schluchsee-Kraftwerk Ausdruck gegeben worden war, und nachdem nunmehr die Pläne zur Offenlegung beim Bezirksamt Neustadt kamen, hielt es das Finanzministerium für zweckmäßig, mit Vertretern der Gemeindeverwaltungen, von Industrie, Handel und Gewerbe der vom Bau des Kraftwerks betroffenen Gemeinden in eine Aussprache über ihre Bedenken gegen das Schluchseeprojekt einzutreten. Diese Aussprache, an der auch Vertreter des Badenwerks teilnahmen, fand gestern unter dem Vorsitz des Finanzministers im Finanzministerium statt. Nach einem einleitenden Referat von Raurat Henninger über die Baupläne war den Erschienenen Gelegenheit gegeben, ihre Bedenken gegen das Schluchseeprojekt vorzutragen und zu begründen. Die vorgebrachten Einwendungen gegen den Bau des Kraftwerks konnten z. T. schon im Wege der Auskunfterteilung und Aufklärung erledigt werden. Im übrigen mußten die örtlichen Interessenten, von denen Einwendungen erhoben wurden, darauf verwiesen werden, daß nach Ablauf der im Wassergesetz auf 6 Wochen festgelegten Einspruchsfrist alle bis dahin erfolgten Einsprüche gegen das Projekt im Wege der Verhandlung geklärt werden, wobei allen berechtigten Forderungen auf Ersatz etwa entstehender Schäden Rechnung getragen wird. Erst mit endgültiger Erledigung aller Einsprüche wird dem Badenwerk die Konzession zum Bau des Kraftwerks erteilt werden.

Die in der Aussprache nachdrücklich vertretene Auffassung der Regierung, daß das Projekt des als Ausgleichswerk in der Elektrizitätsversorgung des Landes hochbedeutungsvollen Kraftwerks unbedingt zur Ausführung kommen mußte, fand bei den Teilnehmern der Aussprache volles Verständnis, nachdem darüber Klarheit geschaffen war, daß Einzelinteressen, die jedoch an der Bedeutung des Kraftwerks für die Allgemeinheit gemessen werden müssen, nicht vergrößert, sondern soweit sie berechtigt und mit hinreichender Begründung vertreten werden, im Verhandlungsweg berücksichtigt werden sollen.

Zur Frage der kommunalen Auslandsanleihe

wird uns vom Ministerium des Innern geschrieben: In den letzten Monaten sind von den verschiedensten Seiten an die Gemeinden und Gemeindeverbände Angebote wegen Beschaffung ausländischen Kredits gemacht worden. Umgekehrt haben sich auch Vertreter von Gemeinden um die Erlangung ausländischer Kredite bemüht. Das Ministerium des Innern hat in einigen wenigen Fällen aus besonderen Gründen vorbehaltlich einer näheren Prüfung nach Bekanntwerden der Kreditbedingungen Staatsgenehmigung für die Aufnahme solcher Kredite in Aussicht gestellt. Eine solche Genehmigung brauchte nicht erteilt zu werden, weil die fraglichen Verhandlungen in keinem Falle zum Ziele führten.

Nachdem nunmehr in den letzten Wochen sich die allgemeine Lage auf dem Finanzmarkt nicht unwesentlich geändert hat, ist im eigenen Interesse der Gemeinden und Gemeindeverbände die Zuanfrage ausländischer Kredite mit Rücksicht auf das hiermit verbundene große Risiko unerwünscht. Für die Volkswirtschaft bedeutet die Aufnahme ausländischer Kredite eine Verschlechterung der inländischen Zahlungsbilanz in all den Fällen, in welchen nicht das geliehene Kapital zu einer entsprechenden Steigerung der Ausfuhr führt. Für Gemeindeanleihen kommen derartige Zweckbestimmungen kaum in Betracht. Die Reichsregierung hat infolgedessen aus Gründen des Währungschaufes ein Verbot für die Aufnahme von Auslandsanleihen vorbereitet. Dasselbe so zunächst einmal verhindern, daß weiterhin aus allen Teilen des Reichs Beauftragte von Städten und Städteverbänden im Ausland nach Anleihen auf die Suche gehen. Es kommt dabei nach alter Erfahrung nur eine schädliche Geschäftigkeit von Vermittlern heraus; andererseits besteht noch immer die Gefahr der Einflußnahme ausländischer Geldgeber auf die wirtschaftlichen Unternehmungen und auf die Vermögenswerte der Gemeinden. Angesichts dieser Sachlage kann bis auf weiteres eine Staatsgenehmigung für Auslands-kredite nicht in Aussicht gestellt werden.

Sobald sich in einiger Zeit die Lage auf dem internationalen Finanzmarkt besser überschauen läßt und ernstgemeinte, gesunde und tragbare Angebote vorliegen, wird das Ministerium des Innern Richtlinien aufstellen, nach welchen die Genehmigung der Staatsaufsicht für die Aufnahme von Krediten in Aussicht gestellt werden kann. In welcher Richtung sich diese Richtlinien bewegen werden, ist aus einer Rundgebung dieser Art, die der preussische Minister des Innern herausgab, zu ersehen.

Finanzministerkonferenz in Berlin

Am heutigen Freitag und morgigen Samstag findet in Berlin eine Konferenz des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Länder statt, die zu der Frage der Ermäßigung verschiedener Reichsteuern Stellung nehmen soll. Da es sich dabei vor allem um die Einkommensteuer handelt,

die zu 90 Prozent an die Länder und Gemeinden geht, sind die Länder natürlich im höchsten Maße interessiert. Außerdem wird die Konferenz sich mit der Notverordnung beschäftigen, die die Aufnahme von ausländischen Darlehen durch die Länder und Gemeinden unter Kontrolle des Reichs gestellt hat. Bayern will bekanntlich gegen diese Verordnung den Staatsgerichtshof anrufen. Finanzminister Dr. Brüder hat sich, wie der „Bad. Beobachter“ mitteilt, zur Teilnahme an diesen Verhandlungen am Donnerstagabend nach Berlin begeben.

Aus der Landeshauptstadt

Unter der Auflage der Gefährdung eines Eisenbahntransportes standen drei Leute aus der Breitenberger Gegend vor dem großen Schöffengericht zu Karlsruhe. Sie hatten am Sonntag, dem 5. Oktober, vergnügt gelebt und glaubten, abends bei der Heimkehr allerlei Unfug treiben zu müssen. Zunächst gab es einen Zusammenstoß mit dem Polizeibeamten in Rintlingen, dem man Beleidigungen an den Kopf warf. Dann schleuderte man verschiedene Gegenstände über die Bahnhofsmauer hinweg, um schließlich auf dem Bahnkörper selbst spazieren zu gehen. Der ihnen folgende Streckenwärter bemerkte nun, daß an drei Stellen in kurzen Abständen Schottersteine auf die Schienen gelegt worden waren. Er räumte natürlich das Hindernis sofort hinweg, das einen daherkommenden Zug unbedingt zum Entgleisen gebracht hätte. Die drei Männer wurden erkannt, und die Folge jener Nacht war die Verhandlung. Dabei ergab sich zweifelsfrei die Schuld des Hauptangeklagten Karl Schäfer aus Rintlingen, eines 24 Jahre alten Tüchtigen, der seinen braven Eltern schon schwere Sorgen bereite. Der von vornherein geständige Bürsche mußte die für ein solch gemeingefährliches Verbrechen zulässige Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus über sich ergehen lassen. Die beiden Mitangeklagten kamen wegen Beleidigung des Polizeibeamten, Übertretung der Eisenbahnbetriebsordnung usw. mit Geldstrafen davon.

Todesfall. Der Direktor der Badischen Landesheilmannschafts- und staatlichen Frauenklinik, Dr. med. Paul Rindig, a. o. Professor der Frauenheilkunde und Geburtshilfe der Universität Freiburg i. B., ist am 4. November d. J. hier gestorben. Die Beerdigung findet am Samstag in Freiburg statt.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. Freiburg, 8. Nov. Wie der Badische Verkehrsverband von der Reichsbahndirektion Karlsruhe erfährt, werden die Einkünfte 1934/35 Freiburg-Ilm und die beschleunigten Personenzüge 1934/35 Basel-Konstanz und Emmendingen, die ab 1. November in Wegfall kamen, am 15. Dezember wieder in Kraft gesetzt werden.

DZ. Weinheim, 5. Nov. Der von der Stadt errichtete Ehrenfriedhof wurde am vergangenen Sonntag in feierlicher Weise eingeweiht.

DZ. Lahr, 6. Nov. (70. Geburtstag.) Der seit seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst in Lahr wohnhafte Geh. Oberregierungsrat Dr. Konrad Clemm begeht heute seinen 70. Geburtstag. Clemm wurde im Jahre 1854 in Mannheim geboren und trat nach Abschluß seiner juristischen Studien 1879 als Rechtspraktikant in den Staatsdienst ein. 1885 wurde er Amtmann in Pforzheim, 1890 Oberamtmann und Amtsvorstand in St. Blasien und von 1895—1898 in Bretten und Bretten. 1902 wurde er vom Großherzog Friedrich I. zum Amtsvorstand in Lahr ernannt, wo er 6 Jahre wirkte, bis er 1908 nach Mannheim versetzt wurde. 1914 wurde er Landeskommissar für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach. Seit 1919 lebt er in Lahr im Ruhestand. Er hat sich besonders große Verdienste um die Blindenfürsorge in Baden und um den badischen Krüppelverein erworben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. Nov.		6. Nov.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	166.78	167.12	166.93	167.77
Kopenhagen 100 Kr.	73.27	73.63	73.07	73.45
Nielsen . . . 100 L.	18.13	18.23	18.10	18.29
London . . . 1 Pfd.	19.14	19.24	19.14	19.24
Newport . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.99	22.11	21.89	21.99
Schweiz . . . 100 Fr.	80.77	81.17	80.77	81.17
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.94	5.91	5.94
Prag . . . 100 Kr.	12.48	12.54	12.48	12.54

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 4. November d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 91 sh 1 d., bzw. für ein Gramm Feingold 35,1407 Pence.
Finanzminister Dr. Brüder. Die außerordentliche Generalversammlung, in der 47 Aktionäre mit 134 711 Stimmen vertreten waren, genehmigte einstimmig die Goldmark-eröffnungsbilanz per 1. Januar 1924 sowie die Anträge der Verwaltung über die Umstellung des Aktienkapitals, die Einziehung der Vorzugsaktien und die Erhöhung des Aktienkapitals auf 18 Millionen Goldmark. Die Umstellung des Aktienkapitals erfolgt demnach in der Weise, daß die Stammaktien von je 1000 auf Goldmark 100 abgestempelt werden. Die Vorzugsaktien werden eingezogen. Über die neuen Aktien ist bereits durch Generalversammlungsbeschluß vom 14. April 1924 verfügt, sie können also den Aktionären nicht zum Bezug angeboten werden.

Distanzherabsetzung in Wien. Entsprechend der gestern erfolgten Herabsetzung des Zinsfußes der österreichischen Nationalbank beschlossen die Wiener Privatbanken, den Zinsfuß auf 2 Prozent zu ermäßigen.

Verschiedenes

Den 70. Geburtstag begeht heute der in deutschen Zeitungsverlegertreien als Zeitungsredakteur von Ruf bekannte Kommerzienrat Mos, der seit nahezu 40 Jahren Direktor des „Frankfurter Kuriers“ ist, nunmehr aber in den Ruhestand tritt. Er ist Ehrenvorsitzender des von ihm vor 10 Jahren gegründeten Vereins badischer Zeitungsverleger und Ehrenvorstandsmitglied des Deutschen Zeitungsverlegervereins.

Staatsanzeiger

An die Gemeinden und Gemeindeaufsichtsbehörden:
Nach Artikel II § 8 Absatz 3 der Bestimmungen des Reichsrats über die Vermögenssteuer in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juli 1923 (RGBl. I S. 533) und der Verordnung vom 10. April 1924 (RGBl. I S. 411) kam u. a. für die Veranlassung von Bildverbildungen, bei denen der künstlerische oder volksbildende Charakter überwiegt, die Steuerstelle eine Steuerermäßigung bis zur Hälfte der Steuer gewährt.
Nach den bisherigen Erfahrungen haben die Steuerstellen von der ihnen durch die genannte Gesetzesbestimmung eingeräumten Befugnis nicht in dem Umfang Gebrauch gemacht, wie es vom Standpunkt der Kulturpflege aus wünschenswert wäre. Dies mag darauf zurückzuführen sein, daß die Feststellung, ob ein Film künstlerischen oder volksbildenden Wert besitzt, für die einzelne Steuerstelle mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Um den Steuerstellen die Feststellung der kulturellen Bedeutung eines Films zu erleichtern, sind daher die Bildstellen des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin und die Bayerische Bildstellen in München ermächtigt worden, auf Antrag der Hersteller Zeugnisse darüber auszustellen, daß bei einem bestimmten Film der künstlerische oder volksbildende Charakter überwiegt. Die von einer dieser Bildstellen hierüber ausgefertigten Zeugnisse haben für das ganze Reichsgebiet Geltung.
Demzufolge werden die Steuerstellen ersucht, die Vermögenssteuer für Filme, deren künstlerische oder volksbildende Bedeutung von einer der genannten Bildstellen anerkannt ist, gemäß Art. II § 8 Absatz 3 der oben angeführten Bestimmungen des Reichsrats zu ermäßigen.
Karlsruhe, den 5. November 1924.
Der Minister des Innern
M e m m e l e

INDUSTRIE-AUSSTELLUNG

Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends Eintritt 30 Pfg. Ausstellungs-Katalog 30 Pfg.
mit Beiträgen von Geh. Oberbaurat Prof. Dr. Ing. Rehbock / Prof. Dr. Teichmüller / Prof. Dr. Freudenberg
Prof. Dr. Ing. Gaber / Prof. Dr. Ing. Probst / Prof. Dr. Hausrath / Ingenieur Frank D. 704
Wirtschaftsbetrieb ————— Künstlerkonzert ————— Abends Radiokonzert

Badisches Landestheater.
Samstag, 8. Nov. 7 u. 9 Uhr. Sp. I M. 4.80.
Abonn. C 9. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 601—800,
1301—1700. Gleichzeitig Volksbühne Nr. 2 und
Sonder-Gruppe.
In der Neueinstudierung:
Gyges und sein Ring.
Spielplan vom 9.—18. November:
Im Landestheater. So. 9. nachm. 7/8 Uhr.
Zum erstenmal: **Das tapfere Schneiderlein.** Ein Kindermärchen-Lustspiel in 3 Bildern von Robert Bürkner (Sp. I 3.—). Abends 6 1/2. Erstes Gastspiel von George Baklanoff. **Rigoletto.** Titelpartie: George Baklanoff a. G. (Sp. I 8.—). — Mo. 10. Außer Abonn. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301—500, 801—900. (Zu Schillers Geburtstag): **Maria Stuart.** 6 1/2. (Sp. I 4.80). — Die. 11. Zweites Gastspiel von George Baklanoff. **Carmen.** Escamillo: George Baklanoff a. G. 6 1/2. (Sp. I 8.—). — Mi. 12. Gastspiel Ami Schwanninger und Irl Gadesow. Zum erstenmal: **Schlagobers.** Ein heiteres Tanzspiel in 9 Bildern von Richard Strauß. Eingerichtet und inszeniert von Max Semmler a. G. 8. (Sp. I 9.00). — Do. 13. und Fr. 14 jeweils 8. (Sp. I 9.00). Einzige Wiederholungen von **Schlagobers.** — Sa. 15. Abonn. G 8. Th.-Gem. B.V.B. III. Sondergruppe. Neu einstudiert und in neuer Inszenierung: **Faust.** I. Teil. 6. (Sp. I 4.80). — So. 16. vorm. 11 1/2. **Musikalische Morgenfeier.** **Stuttgarter Madrigalvereinigung.** Das deutsche Chorlied vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. (Sp. I 2.00). Nachm. 2 1/2. **Das tapfere Schneiderlein.** (Sp. I 3.00). Abends 6 1/2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101—2300, 3401—3700. **Mignon.** (Sp. I 8.00). — Mo. 17. Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe. **II. Sinfonie-Konzert** des Bad. Landestheaterorchesters. Leitung: Fritz Cortezis. Solisten: Kammerängerin Beatrice Sutter-Kottlar vom Opernhaus in Frankfurt a. M. Werke von Haydn, Mozart, Schubert, Beethoven. 7 1/2. (Sp. I 4.50). — Die. 18. Abonn. F 8. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4001—4500. Gastspiel des Kammerängers Richard Mayr von der Staatsoper in Wien. **Der Rosenkavalier.** Ochs: Kammeränger Richard Mayr a. G. 6 1/2. (Sp. I 8.00).
Im Konzerthaus. So. 9. und So. 16. jeweils *
Die heimliche Brautfahrt. 7. (Park. I 3.80).
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 8., nachmittags 4—5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, 10. Nov. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9—1, 4—6 Uhr).

Zum Tode Hans Thomas

Hans Thoma

ein Meister der Menschheit

von
Dr. Karl Anton

Zweite, stark veränderte und erweiterte Auflage
von Hans Thoma der Maler als Dichter, Muster und Mensch

Mit 50 Abbildungen
und einem sonst unveröffentlichten
Bildnis des Meisters

Preis geheftet Mk. 4.—, gebunden Mk. 5.—
Eine Vorzugsausgabe auf besonders gutem
Papier in Leinwandbindung ist in Arbeit



Verlag G. Braun G. m. b. H. in Karlsruhe, Karlsruherstr. 14

Druck G. Franz, Karlsruhe.

Badische Lichtspiele
Konzerthaus
Freitag und Samstag, 8 Uhr abends
Letzte Wiederholungen
Wunder des Werdens im Weltall
Filmvortrag Dr. O. Hauser D. 228
Vorverkauf: Musikhaus Maller, Kaiserstr.
Siehe Anschlagssäulen

Hebezeugfabrik
sucht
Ing.-Vertreter
für den Bezirk Baden
gegen Provision-Vergütung. Fachkenntnisse
wünschenswert. Ange-
bote unter D. 729 an
die Expedition der Karls-
ruher Zeitung.

Arrest und Anzeigefrist bis
zum 19. November 1924.
Lahr, 5. November 1924.
Der Berichtschreiber
Badischen Amtsgerichts.

Verchiedene
Bekanntmachungen
Jagd-Verpachtung.
Am Dienstag, den 18.
November 1924, vormittags
10 Uhr, werden im Ge-
schäftszimmer des Forst-
amts Ruzingen folgende
Domänenwaldjagden auf
6 Jahre öffentlich verpach-
tet:
1. Distrikt I „Gochwald“
auf Gemarkung Bombach
und Rordweil = 117 ha.
2. Distrikt II „Wechtler-
wald“ auf Gemarkung
Weisweil und Oberhausen
= 246 ha.
3. Von Distrikt IV
„Rheininseln“ der südlich
vom Weisweiler Altstein
liegende Teil auf Gemarkung
Weisweil nebst dem
zugehörigen Forstland und
Rheinstrom = 208 ha.
Die Bedingungen liegen
beim Forstamt Ruzingen
zur Einsicht offen.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
§. 112. Lahr. Über das
Vermögen des Zigaretten-
herstellers Gustav Hert-
lein in Freiesheim ist
heute am 5. November 1924,
nachmittags 4 1/2 Uhr, das
Konkursverfahren eröffnet
worden. Herr Rechtsan-
walt Hoebt in Lahr ist zum
Konkursverwalter ernannt.
Anmeldefrist bis zum 26.
November 1924. Letzte
Gläubigerversammlung u.
Prüfungstermin am Wirt-
sch., den 3. Dezember 1924,
vormittags 9 Uhr. Offener